



KPÖ Landtagsabgeordnete Claudia Klimt Weithaler:
„Wir freuen uns, dass es uns immer wieder gelingt im Landtag Verbesserungen für die Menschen durchzusetzen.“

EmpfängerInnen von Sozialleistungen zu verunsichern.

KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: *„Da geht es nur um Einsparungen. Bei Wirtschaftsförderungen will die ÖVP von Transparenz nichts hören.“* Der ÖVP-Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ und Grünen abgelehnt.

Wohnbeihilfe

Einen weiteren Kritikpunkt ortet die KPÖ bei der Wohnbeihilfe. Klimt-Weithaler: *„Die Wohnbeihilfe gehört schon längst wertgesichert. Es kann nicht sein, dass beispielsweise Ausgleichsbezieher bei einer kleinen Pensionserhöhung dann weniger Wohnbeihilfe bekommen.“* Die KPÖ hat bereits Anträge zur Wertanpassung eingebracht. Diese wurde aber von SPÖ und ÖVP abgelehnt.

Schutz für Lehrlinge

Im Juni 2008 wurde in Österreich der Kündigungsschutz für Lehrlinge gelockert. ÖVP und SPÖ führten dieses skandalöse Vorhaben gemeinsam durch, statt etwas gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit zu unternehmen. Im Landtag brachte die KPÖ nun einen Antrag auf Wiederherstellung des Lehrlings-schutzes ein. Dieser wurde aber mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ abgelehnt.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
 KPÖ-Ernest Kaltenegger,
 Lagergasse 98a, 8020 Graz,
 Fax 0316/877 5108 oder E-Mail:
 stadtblatt@kpoe-graz.at

Absicherung für Pflegeeltern

Pflegeeltern sollen ab 2010 angestellt und sozialversichert sein.

Auf Initiative der KPÖ hat der Landtag die sozialrechtliche Absicherung von Pflegeeltern beschlossen. Eine Anstellung für Pflegeeltern nach dem BAGS-Kollektivvertrag (für Gesundheits- und Sozialberufe) soll 2010 kommen. Pflegemütter und -väter haben dann Anspruch auf

Pensions-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung. *„Pflegeeltern übernehmen Kinder in Ausnahmesituationen. Dass ihnen für die herausfordernde Arbeit bisher nicht einmal eine minimale Absicherung zustand, war untragbar“*, freut sich KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.

In Graz können 500 Kinder nicht bei den eigenen Eltern leben, nur 200 davon sind in Pflegefamilien versorgt.

Kinder-Reha in die Steiermark

Heilung für Kinder

Ein Rehabilitationszentrum für schwer verletzte oder kranke Kinder gibt es in Österreich noch nicht. KPÖ-Klubobmann Ernest Kaltenegger schlug im Landtag vor, in der Steiermark so ein Zentrum zu errichten. Graz wäre ein sinnvoller Standort.

In der Schweiz und in Deutschland sind derartige Einrichtungen für Kinder, in denen

Angehörige mitbetreuen und mitbetreut werden, längst Standard. Eine Betreuung mit pädagogischer und psychologischer Begleitung gibt es hingegen bei uns ebenso wenig wie eine Regelung, wann ein Kind einen Anspruch auf Rehabilitation hat. Im steirischen Gesundheitsplan kommt die Kinderrehabilitation nicht vor.

Politik für die Leute

Bei Wahlkämpfen sparen

Für 2010 plant die steirische Politik teure und exzessive Wahlkampfkosten ein. Wenn dann die Pfründe verteilt sind will man wieder bei den Leuten „sparen“.

Dass Politik oft ein unmoralisches Geschäft ist, zeigen die hohen Kosten, die für Politikergehälter und Parteienfinanzierung anfallen. *„Immer unüberschaubarere Summen verleiten die Großparteien dazu, das Geld steuerschonend in Stiftungen zu parken, bis es gebraucht wird“*, meint KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weitha-

ler. Zu zweifelhaftem Ruhm kam damit die SPÖ.

Die Nationalratswahl 2008 kostete die SteuerzahlerInnen 33,5 Millionen Euro, bei der Wahl 2006 waren es gar 40 Millionen Euro. Die Gehälter der Politiker übersteigen normale Arbeitseinkommen um ein Vielfaches. Kein Wunder, dass viele Politiker kein Mittel scheuen, um an begehrte Posten zu kommen.

Die steirische KPÖ schlägt eine strikte Beschränkung der Wahlkampfausgaben vor. Angesichts der Verschlechterungen für die Leute ist Bescheidenheit statt Protz gefragt.